



Drucksachen-Nr.

**6392/2020-2025**

Datum:

**11.07.2023**

**An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld**

### **Anfrage**

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
<b>Rat der Stadt Bielefeld</b>	10.08.2023	öffentlich

**Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)**

**Gedenkstätte für Opfer islamistischen Terrors**

#### **Text der Anfrage:**

Bielefeld unterhält einen Gedenkort für die Opfer rechtsextremer Gewalt, obwohl es im Rahmen der überregional bekannt gewordenen Morde weder im Falle der Opfer noch dem der Täter eine direkte Verbindung zu dieser Stadt gibt. Anders sieht es spätestens jetzt im Falle des Islamismus aus: Im Juli dieses Jahres wurde im Rahmen einer NRW-weiten Razzia auch eine mutmaßliche IS-Unterstützerin aus Bielefeld festgenommen. Diese alarmierende Nachricht zeigt die Tatsache, dass Bielefeld ein Islamismus-Problem hat, nochmals drastisch auf – wie auch zuvor schon immer wieder sichtbare, zwar nicht gewalttätige oder terroristische, aber durchaus als extremistisch einzuordnende (Macht-)Demonstrationen von Erdogan- oder Milli-Görüs-Anhängern. Das wiederum zeigt nachdrücklich, wie wichtig eine umfassende Erinnerungskultur für die Opfer islamistischer und jihadistischer Gewalt ist – gerade auch in Bielefeld.

Wir fragen daher die Verwaltung:

Ist seitens der Stadtverwaltung angesichts der oben beschriebenen Entwicklungen die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer islamistischer Gewalt geplant und wenn nein, warum nicht?

Zusatzfrage:

Ist von Seiten der Stadtverwaltung geplant, einen Dialogprozess über die Errichtung eines Gedenkortes mit den islamischen Gemeinden und Verbänden anzustoßen (beispielsweise durch das Kommunale Integrationszentrum) und wenn nein, warum nicht?

**Unterschrift:**

gez.

Dr. Florian Sander

Vorsitzender der AfD-Ratsgruppe Bielefeld